



Koalitionsvereinbarung R2G: Berlin gemeinsam gestalten: solidarisch, nachhaltig, weltoffen

BERLIN, November 2016





Aktueller Stand

- 16. November: Abschluss der Verhandlungen
- 17. November: Veröffentlichung der Koalitionsvereinbarung

SPD:

- 5. Dezember: Abstimmung über Vertrag auf dem Landesparteitag

Grüne:

- 3. Dezember: Abstimmung über Vertrag auf der Landesdelegiertenkonferenz

Linke:

- Mitgliederbefragung gestartet, Ergebnis am 7. Dezember erwartet



Bei jeweils positiven Voten: Wahl des RBm am 8. Dezember im AGH



Ressorts: SPD

- Regierender Bürgermeister einschließlich der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport (inkl. IKT-StaatssekretärIn)
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
- Senatsverwaltung für Finanzen (inkl. Personal)



SPD führt erstmals seit 1991 wieder das Gesundheitsressort, Pflege erstmals eigenes Ressort in Berlin, Wissenschaft und Forschung wieder in einem Ressort vereint



Ressorts: Linke

- Senatsverwaltung für Kultur und Europa
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales



Ressorts: Grüne

- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
- Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung



Grundsätze der Regierungszusammenarbeit

- Einrichtung eines Koalitionsausschusses (mind. 1x pro Monat, zur Abstimmung grundsätzlicher Angelegenheiten)
- Für einen engen Austausch zwischen Senat und Fraktionen nehmen die Vorsitzenden der die Koalition tragenden Fraktionen an den Senatssitzungen teil.
- In der Senatskanzlei wird eine neue Einheit für Regierungsplanung eingerichtet.
- Im Bundesrat: Berlin wird Abstimmungsverhalten im Bundesratsplenum im Internet veröffentlichen; Enthaltung in politisch bedeutsamen Fragen sollte Ausnahme sein.

Finanzen

- Wir stehen vor einem Jahrzehnt der Investitionen.
- Zweiklang aus Konsolidieren und Investieren bleibt erhalten, SIWA-Gesetz wird geändert. Künftig wird es möglich sein, auch mehr als 50 Prozent der Überschüsse in Infrastrukturprojekte zu investieren.
- Mindesttilgung von 80 Millionen Euro bleibt dabei gesichert.
- Erhöhung der Investitionsquote ab 2018 jährlich auf 2 Milliarden Euro
- Nachtrags-Haushalt 2017: insgesamt 270. Mio. Euro, davon u.a. 100 Mio. Euro für Schulbau und Sanierung, 20 Mio. Euro für Kitausbau, 30 Mio. für die Anpassung der Beamtenbesoldung, 50 Mio. Euro mehr Personal in den Bezirken.

Personal

- 5000 bis 6000 neue ArbeitnehmerInnen im öffentl. Dienst jährlich.
- Die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst wird bis zum Ende der Legislaturperiode um 20 Prozent erhöht.
- Anhebung der Beamtenbesoldung bis 2021 auf das durchschnittliche Niveau der übrigen Bundesländer.
- Öffnung des öffentlichen Laufbahnrechts auch für Quereinsteiger.
- Um schneller Personal zu rekrutieren, soll ein Stellenbesetzungsverfahren künftig nur noch drei Monate ab Ausschreibung dauern.

Inneres

- Einrichtung einer Kombi-Wache am Alex aus Bundes- und Landespolizei, andernorts Einsatz von mobilen Wachen.
- Schnellstmögliche Besetzung der rund 1000 offenen Stellen, Angleichung der Besoldung an den Länderdurchschnitt.
- Polizei erhält Bürgerbeauftragte/n als Ansprechpartner.
- Modellprojekt für Ausstattung von PolizistInnen mit Body-Cams
- Enge Begrenzung des Einsatzes von V-Leuten, Einsatz muss von Staatssekretär bzw. Polizeipräsidenten genehmigt werden.
- Weiterhin starker Fokus auf Prävention gerade bei Jugendlichen, Einrichtung von Präventionsbeiräten.

Verwaltung

- Ab Ende 2017 Erhalt von Terminen beim Bürgeramt innerhalb von 14 Tagen.
- Technische Modernisierung der Bürgerämter, Ausweitung der digitalen Services für die Bürgerinnen und Bürgern.
- 50 Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2017 für mehr Personal in den Bezirke.
- Schrittweise Einführung der E-Akte bis 2023.
- Zentrale Steuerung der IT-Infrastruktur der Berliner Behörden.

Gesundheit

- Gleichberechtigter Zugang zur ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung für alle Berlinerinnen und Berliner.
- Trendwende in der Krankenhausfinanzierung: Erhöhung der Investitionsquote auf den Bundesdurchschnitt.
- Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD).
- Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis und Einrichtung von mobilen Drogenprüfständen (Drug-Checking).

Pflege, Gleichstellung

- In der Altenpflege Einführung einer Ausbildungsumlage.
- Ausbau von Tages- und Kurzzeitpflege-Angebote.
- Einsatz für Rechtsanspruch auf flexible Tages- und Nachtpflegeangebote auf Bundesebene.

- Für Berliner Landesunternehmen: Erprobung einer Reservierungsquote für weibliche Bewerberinnen, in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind.
- Gerade für Alleinerziehende Schaffung einer Teilzeitausbildung bei voller Vergütung; Einführung einer Kleinfamilienkarte.

Bildung

- Aufnahme der Gemeinschaftsschule als schulstufenübergreifende Schulart ins Schulgesetz.
- Stärkung des inklusiven Schule (Prüfung Abschaffung HH-Vorbehalt), gleichzeitig Stärkung der Begabtenförderung.
- Bedarfsprüfung für Kita- u. Hort wird größtenteils abgeschafft.
- Anhebung der Bezahlung der Grundschullehrkräfte auf A13/E13,
- Beibehaltung des Probejahrs an Gymnasien.
- Sanierung aller noch nicht sanierten Schulen, Verdoppelung der Investitions- und Bauunterhaltungsmittel.

Wissenschaft

- Hochschulen bekommen in den neuen Hochschulverträgen ab 2018 einen jährlichen Aufwuchs von 3,5 Prozent, Hochschulverträge werden künftig für 5 Jahre abgeschlossen.
- Erhöhung des Investitionspakts Hochschulbau 2017-2026 von 60 Mio. Euro auf jährlich 100 Mio. Euro ab 2019.
- Die Zahl der LehramtsabsolventInnen an Berlins Hochschulen wird auf 2000 pro Jahr verdoppelt.
- Personalentwicklung an Hochschulen: für Daueraufgaben soll es Dauerstellen geben, Befristungen nur noch aus sachlichem Grund, verbindliche Mindestvertragslaufzeiten.

Arbeit, Soziales, Integration

- Unterbindung von Lohndumping und Tariffucht durch Outsourcing, öffentlicher Dienst als Vorbild.
- Prüfung einer Ausbildungsabgabe zusammen mit Brandenburg für Unternehmen, die nicht genügend ausbilden, bei öffentlichen Aufträgen Bevorzugung von Unternehmen mit einer Ausbildungsquote von mind. 5 Prozent.
- Aufstockung der Kapazitäten der Kältehilfe von 800 auf 1000 Plätze.
- Einführung von barrierefreien Inklusionstaxis.
- Konzept zur Integration und Partizipation geflüchteter Menschen.

Wohnen, Bauen

- Bau von 6000 Wohnungen pro Jahr durch landeseigene Gesellschaften.
- Zahl der kommunalen Wohnungen soll bis 2025 auf 400.000 steigen.
- Hälfte der landeseigenen Neubauwohnungen soll BerlinerInnen mit WBS-Schein zur Verfügung stehen.
- Begrenzung der Mieterhöhungen für Mieterinnen und Mieter der landeseigenen Gesellschaften für 4 Jahre auf jährlich max. 2 Prozent.
- Verschärfung des Gesetzes zum Zweckentfremdungsverbot.

Kultur

- Einführung einer Zeitspanne mit freiem Eintritt in staatl. Museen.
- Ziel: Solide soziale Absicherung der selbstständigen KünstlerInnen (Mindesthonorare u. –gagen).
- Bis 2021 Sicherung von 2000 Atelier- und Produktionsräumen.
- Nochmals Erhöhung der Förderung für die freie Szene.
- Über Standort von Zentral- und Landesbibliothek wird in einem partizipativen Prozess entschieden.
- Sicherung des Bibliotheken-Netzes.
- Förderung von Kinder- und Jugendtheatern.

Wirtschaft, Energie

- Für Aufträge vom Land, Mindestlohn von 9 Euro Voraussetzung.
- Ausbau des 5G-Mobilfunks u. berlinweiten öffentl. WLAN-Zugängen.
- Ausbau der Verbundausbildung zur Fachkräftesicherung.
- Ausweitung von Coworking-Spaces und Gewerbeflächen.
- Rekommunalisierung des Strom- und Gasnetzes.
- Stärkung des Stadtwerks (jeder Berliner soll Kunde werden können, Handel mit Ökostrom möglich).
- Ausstieg aus der Braunkohle bis 2017, bis 2030 aus der Steinkohle.



Umwelt, Verkehr

- Ausbau der Radinfrastruktur mit 40 Mio. Euro pro Jahr, ab 2019 mit 51 Mio. Euro pro Jahr.
- Ausbau des Straßenbahnnetzes auch im Westteil der Stadt.
- Weiterbaubau der Tangentialverbindung Ost.
- Unter den Linden ab 2019 für motor. Individualverkehr gesperrt.
- Senkung des BVG-Sozialtickets auf 25 Euro (statt 36 Euro).
- Ausweitung des Taktes der Ringbahn auf 5 Minuten.
- Fortsetzung der Stadtbaumkampagne zur Pflanzung von 10.000 Bäumen in 5 Jahren und Start 1000 Grüne-Dächer-Programm.
- Ausweitung des Pilotprojekts zur Reinigung öffentlicher Parks (BSR).

Justiz, Verbraucherschutz

- Einrichtung eines Online-Portals für Justiz (eJustice) und elektronischer Gerichtsakte.
- Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung.
- Anspruch: offener Vollzug ist Regelvollzug.
- Einführung einer Karenzzeit für SenatorInnen und eines Lobbyregisters.
- Erhöhung des Anteils an Bio-Essen in öffentl. Einrichtungen bis 2021.
- Stärkung der Lebensmittel- und Veterinäraufsichtsbehörden.
- Einsatz für Verbesserung der Klagemöglichkeiten der Verbraucher und Transparenz-System (Smiley) auf Bundesebene.